



Interview

Aufruf an Impf-Geschädigte: Ihre Strafanzeigen verhindern weitere Verbrechen!

Interview mit Ralf Ludwig (ZAAVV)



Im Interview mit Kla.TV berichtet Rechtsanwalt Ralf Ludwig, wie es mit den knapp 600 eingereichten Strafanzeigen in Karlsruhe weitergegangen ist. Und er stellt eine neue Strafanzeige vor, welche mit vielen Wissenschaftlern und Juristen konzipiert wurde. Mit dieser können Menschen, die durch die Corona-Injektionen geschädigt wurden, eine Strafanzeige einreichen – zunächst gegen die Impfärzte. Die Anzeige richtet sich aber auch an all diejenigen, die für die Meinungsmanipulation und Angstmache verantwortlich waren, dass Menschen bereit waren, die massiv schädigende mRNA-Impfung in ihren Körper aufzunehmen und nicht Nein zu sagen.

[Ralf Ludwig:]

„Mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne. Und ich möchte, dass ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt: **Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten.** Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben. Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten.“

[Kla.TV:]

Das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) und verbündete Organisationen haben am 10. Dezember bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe knapp 600 Strafanzeigen eingereicht gegen Politiker, Minister, Richter und weitere Personen, die zur Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht bzw. Impfpflicht für Angehörige der Bundeswehr beitrugen und sich damit mutmaßlich eines Verbrechens gegen die Menschheit gem. § 7 des Völkerstrafgesetzbuchs schuldig machten.

Wenige Monate später konnte der investigative Journalist **Paul Schreyer** der Informationsplattform **multipolar** die Protokolle des Robert-Koch-Instituts gerichtlich freiklagen und somit für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Und siehe da, nun kam ans Licht, dass es für die von der Politik verhängten Corona-Maßnahmen keine medizinischen Erfordernisse gab. Also diametral entgegen dem, was Politik und Leitmedien während der Corona-Zeit der in Panik gehaltenen Bevölkerung mantramäßig predigten. **Alle Maßnahmen waren rein politisch motiviert, also politische Willkür.** Ebenso kam ans Licht, dass dem Robert-Koch-Institut und der Politik bekannt war, dass die Corona-Impfungen nicht nur keinen Schutz vor Infektion bieten, sondern obendrein brandgefährlich für Leib und Leben der Geimpften sind. Inzwischen wurden weitere beweiskräftige Studien in anerkannten Fachzeitschriften veröffentlicht. Sie belegen den Zusammenhang zwischen Corona-mRNA-Impfungen und schweren Impfschäden.

Um die juristische Aufarbeitung dieser Impfschäden zu unterstützen, wurde auch hier das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) aktiv.

Darüber sprechen wir heute mit dem Rechtsanwalt Ralf Ludwig, der schon bei der Einreichung der Strafanzeigen in Karlsruhe mitverantwortlich war. Herzlich willkommen, Herr Ludwig!

[Ralf Ludwig:]

Ja, hallo.

[Kla.TV:]

Können Sie unseren Zuschauern bitte berichten, wie es mit den eingereichten Strafanzeigen weitergegangen ist?

[Ralf Ludwig:]

Ja, wir haben diese Strafanzeigen am 10. Dezember 2023 eingereicht, persönlich und eben auch über das elektronische Anwaltspostfach, also so, dass es zugegangen ist. Wir haben dann lange Zeit nichts gehört von der Generalbundesanwaltschaft, haben dann Mitte des Jahres einmal nachgefragt und dann kam Mitte des Jahres auch für uns relativ erwartungsgemäß die Einstellung. Das heißt, die Verfahren sind eingestellt worden. Es wird also keine Strafverfolgung geben von Seiten der Bundesrepublik Deutschland gegen die von uns angezeigten Täter mit der wesentlichen Begründung, dass es eben für Politiker eine Indemnität gibt. Das heißt, Politiker sollen nicht verantwortlich sein für die Entscheidungen, die sie als Politiker im Parlament, als Parlamentarier treffen. Weiterhin wurde gesagt, dass ja schwere Nebenwirkungen quasi nicht bekannt seien, oder dass das nicht belegt sei, dass diese Impfung tatsächlich zu schweren Nebenwirkungen führt. Es sei außerdem auch nicht der Vorsatz – wenn es denn so wäre, bei den Politikern zu sehen oder bei den Behörden, bei den Richtern, die da mitgemacht haben – dass man damit habe Menschen schädigen wollen. Und zu guter Letzt habe ja schließlich diese Impfung mehr geholfen, als dass sie geschadet habe. Und deswegen sei das alles so rechtens und man würde eben von einer Strafverfolgung absehen.

[Kla.TV:]

Gab es dann keine Aufnahme von Beweisen? Das heißt, die eingestellte Strafanzeige bedeutet, es kommt gar nicht erst zum Gerichtsverfahren?

[Ralf Ludwig:]

Genau, es wird in Deutschland niemand angeklagt. Also die Staatsanwaltschaft sagt, dass sie keinen hinreichenden Tatverdacht sehen und deswegen wird halt in Deutschland nichts passieren. Wie gesagt, wir sind jetzt nicht sehr überrascht darüber. Das war für uns eigentlich absehbar. Es wäre eher verwunderlich gewesen, wenn hier tatsächlich weiter ermittelt worden wäre. Man darf ja nicht vergessen, die Staatsanwaltschaft in Deutschland ist eine weisungsgebundene Behörde. Der Bundesgeneralanwalt wird ernannt durch den Justizminister, und das heißt also, der durch die Politik ernannte Generalbundesanwalt, der soll nun auf einmal gegen die Politiker, die ihn ernannt haben, ermitteln. Da braucht man jetzt nicht besondere hellseherische Fähigkeiten zu haben, um zu wissen, dass das nicht passieren wird.

Das Besondere ist, dass ja das internationale Strafrecht, das internationale Völkerstrafrecht verlangt, dass wir zunächst einmal dem Staat, dem wir vorwerfen, dass er **Menschenrechtsverletzungen** begangen hat, dass er **Verbrechen gegen die Menschheit** begangen hat, dass wir ihm zunächst einmal die Chance bieten, das selbst aufzuklären. Und das heißt, der Weg nach Den Haag zum Internationalen Strafgerichtshof ist ohnehin nur frei, wenn die Voraussetzung gegeben ist – die Den Haag feststellt, dass der Mitgliedstaat, in

diesem Fall die Bundesrepublik Deutschland, nicht willens oder in der Lage ist, die notwendigen Strafermittlungen zu machen. Und wir haben jetzt hier durch diese Einstellung gesehen, dass der Staat nicht willens ist, man will nicht tiefer hinschauen. Wir erleben das auch in vielen anderen Gerichtsverfahren. Und das ist wie gesagt eine Voraussetzung, um überhaupt nach Den Haag gehen zu können, um die Anzeige überhaupt nach Den Haag zu bringen.

[Kla.TV:]

Ist das jetzt Ihr nächster geplanter Schritt?

[Ralf Ludwig:]

Nein, noch nicht, weil wir... Zunächst einmal ist ein Verbrechen gegen die Menschheit natürlich im Wesentlichen eine politische Implikation (logische Folgerung). Das heißt also, wir haben es ja mit Politikern, mit Juristen, mit Gerichten zu tun, die mehr oder weniger alle aus der gleichen politischen Richtung kommen, die mehr oder weniger voneinander abhängen, die voneinander eingesetzt wurden. Das heißt also, die Chance, dass tatsächlich strafrechtlich hier aufgearbeitet wird, ist derzeit nicht gegeben. Das muss man einfach so klar sagen.

Wir brauchen zunächst einmal einen politischen Wechsel. Das heißt also, wenn doch die Justiz eine politische Justiz ist, brauchen wir einen anderen Wind international. Das passiert jetzt gerade. Also wenn man zum Beispiel auf die Seite des Weißen Hauses schaut, dann stellt man fest, dass auf einmal Aufklärungsarbeiten direkt von einem Zentrum der Macht, nämlich vom Weißen Haus in den USA – es ist ja auch nicht ohne Grund Robert Kennedy Gesundheitsminister geworden – dass jetzt seitens des Weißen Hauses plötzlich Dinge veröffentlicht werden, die bisher als Verschwörungstheorie galten.

Also eben zum Beispiel die mögliche Herkunft des Virus. Früher war es ja völlig unmöglich zu sagen, dass es vielleicht im Labor entstanden ist, dass es vielleicht aus einer Gain of Function (künstliche Veränderung an Viren), also Biowaffenforschung, entstanden ist. Es wird dort mitgeteilt, dass Abstände eher zufällig erfunden worden sind. Das hat ja der Fauci auch vor einer Senatsanhörung in den USA gesagt. Er hat ja gesagt: „Irgendjemand hat dann mal gesagt Six Feet (entspricht ca. 1,80 m), und dann haben wir gesagt, okay, Six Feet passt.“ Und auf einmal gab es diese Abstandsregelung. Genauso, dass Masken nichts bringen, dass also ein individueller Schutz durch Masken nicht gegeben ist. All diese Dinge stehen auf der Seite des Weißen Hauses. Und das ist die Voraussetzung dafür, dass sich internationale Richter überhaupt dafür interessieren und hinschauen und sagen: Möglicherweise ist doch etwas dran und möglicherweise ist hier tatsächlich etwas geschehen in den Jahren zwischen 2020 und 2023, was man als **Verbrechen gegen die Menschheit** bezeichnen kann.

Und diese Offenheit müssen wir erst erzeugen. Da gehören noch andere Schritte dazu. Ich denke, wir werden ja jetzt im Laufe des Interviews noch darüber sprechen. Jetzt zur Zeit – es gibt übrigens schon eine aktuelle Anzeige in Den Haag, die nicht von uns eingereicht worden ist, aber an der wir beteiligt sind, die wir stark unterstützen – aber jetzt zur Zeit, in Bezug auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Den Haag eine Strafanzeige einzureichen, macht noch keinen Sinn. Wir werden noch ein bisschen warten müssen.

[Kla.TV:]

Und andere internationale Organisationen wie die WHO oder die UNO, spielen die dort irgendwie eine Rolle?

[Ralf Ludwig:]

Naja, die WHO schon. Also wenn das alles irgendwann mal mit rechten oder gerechten Dingen zugeht, dann wird die WHO mit auf der Anklagebank Platz nehmen, weil die WHO natürlich mehr oder weniger nur noch eine Marketingorganisation der globalen Pharmaindustrie ist und natürlich mitgewirkt hat, überhaupt die Schocks zu erzeugen, dass Menschen dann bereit waren, zum Beispiel Masken zu tragen oder sich später impfen zu lassen. Das heißt, die WHO verorte ich eher auf Seiten der Täter als auf Seiten derer, die aufklären. Möglicherweise ähnlich, wie wir das jetzt – Sie hatten das angesprochen – mit den **RKI-Leaks** (ungeschwätzte Protokolle des Robert-Koch-Instituts) haben, dass Whistleblower oder Wissenschaftler der WHO, die möglicherweise intern gegen diese Maßnahmen oder Vorschläge waren, die auch von der WHO kamen, dass die möglicherweise eben als Zeugen dann vor Gericht später dienen werden, so wie wir das sicherlich irgendwann haben werden, dass die Wissenschaftler des RKI, die ja durchaus eine sehr gute Arbeit gemacht haben, was wir in den Leaks sehen, und die durchaus ja die Politik und die politischen Maßnahmen auch intern sehr hart kritisiert haben, dass wir die dann als Zeugen vor Gericht sehen werden.

International ist es erforderlich, dass wir die UN immer wieder informieren. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, was wir jetzt auch gerade machen. Wir nehmen jetzt gerade als Nichtregierungsorganisation am Staatenberichtsverfahren teil. Also wir übernehmen einen Teil der Kritik am Staatenberichtsverfahren zum internationalen Sozialpakt. Das heißt, unsere Aufgabe ist es zunächst einmal, die internationalen Gremien weiter zu sensibilisieren, dass sie genauer hinschauen und dass wir dann irgendwann diesen politischen Turn haben, dass die Richter mehr oder weniger nicht mehr umhinkommen, tatsächlich bezüglich dieser Taten zu ermitteln.

[Ralf Ludwig:]

Ja, Sie hatten nach der Rolle der UNO gefragt. Und da möchte ich vielleicht zunächst einmal sagen, dass wir die internationalen Organisationen nicht unbedingt als feindlich betrachten sollen. Ich lese das manchmal, dass viele Menschen Probleme haben mit den internationalen Organisationen. Und man muss das natürlich auch durchaus kritisch sehen, wie zum Beispiel die Rolle der WHO. Aber die internationalen Organisationen sind sehr heterogen. Und grundsätzlich wird schon versucht, über die internationalen Organisationen Menschenrechte durchzusetzen und Menschenrechte umzusetzen. Und wenn ich immer sage, das hier war ein Verbrechen gegen die Menschheit oder gegen die Menschlichkeit, je nachdem, wie man es übersetzt, hat man durchaus auch Möglichkeiten, vor internationalen Organisationen diese Dinge vorzutragen.

Wir haben zum Beispiel den internationalen Sozialpakt. Der internationale Sozialpakt und der internationale Zivilpakt sind quasi zwei Zusatzprotokolle zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der internationale Sozialpakt achtet eben darauf, dass faire Arbeitsrechte sind, dass es eben zum Beispiel keine Versklavung gibt, keine Arbeitssklaven und so weiter, dass es faire Bildungschancen gibt, dass in der Schule eben auch die Schüler fair behandelt werden. Er achtet auf Gleichberechtigung, ist ganz wichtig für Kunst und Kultur. Also Kunst und Kultur haben dort eben auch einen sehr hohen Rang. Und über die Situation von Kunst,

Kultur, Sozialem, Gleichberechtigung, Arbeitsrechten, Bildungsrechten und so weiter muss jeder Mitgliedsstaat – ich glaube, alle fünf Jahre – einen sogenannten Staatenbericht abgeben. Das heißt, es wird darüber berichtet, wie ist die Situation in unserem Land in Bezug auf diese Rechte, was soziale Grundrechte der Menschen sind. Und der letzte Bericht der Bundesregierung musste jetzt im Dezember 2023 abgegeben werden, exakt für die Zeit der Corona-Maßnahmen. Und erstaunlicherweise taucht in diesem Bericht gar nichts darüber auf. Also es taucht zwar auf, dass wir eine Steigerung von Depressionserkrankungen im Rahmen der Schulen haben. Aber wo das herkommt und so weiter, das ist in einer Fußnote versteckt, die dann an eine weitere Studie verweist. Und wenn man in diese Studie guckt, dann findet man, dass irgendwo doch mal festgestellt wurde, dass es eben an den Maßnahmen, an den Corona-Maßnahmen bezüglich der Schule lag. Ansonsten verhält sich die Bundesregierung überhaupt nicht zu den Maßnahmen, zu den Einschränkungen, zu dem Umgang mit den Menschen, dass sie Kultur quasi komplett runtergefahren haben, dass die Menschen eben ins Homeoffice mussten, dass Schüler monatelang nicht zur Schule gehen durften, dass man in der Schule dann Masken tragen musste und so weiter. Dazu verhalten die sich gar nicht.

Und jetzt ist der Punkt, dass wir die Möglichkeit haben als Nichtregierungsorganisation, das ZAAVV (Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen) – ist da bei der UNO registriert – einen sogenannten Parallelbericht abzugeben. Also wir können jetzt genau unseren Finger in die Wunde legen und sagen: „Na, Moment mal, in diesen Jahren, über die ihr berichtet, ist das Folgende in der Bundesrepublik passiert: Kultur war tot, Schulen haben nicht mehr stattgefunden, Bildung gab es quasi nicht, die Bildungsschere ist auseinandergegangen, und wir haben unglaublich viele psychisch erkrankte Kinder.“ Also wenn wir von Triage (Priorisierung der Behandlung von Verletzten) sprechen können, können wir über Triage bei psychiatrischen oder psychologischen Einrichtungen in Bezug auf Schüler sprechen und so weiter. Dass die Gleichberechtigung zurückgefahren ist, dass Menschen einsam gestorben sind.

Ja, soziale Rechte, es geht um soziale Rechte und so weiter. All das hat die Bundesregierung nicht mitgeteilt. Und das können wir in diesem Parallelbericht mitteilen. Dieser Parallelbericht wird dann eben in Genf tatsächlich mit der Bundesregierung – und da können wir auch anwesend sein – diskutiert. Und die Bundesregierung wird dann auch dafür gerügt. Und das ist auch wieder so ein ganz kleiner Baustein, oder vielleicht auch gar nicht so ein kleiner Baustein, der dann doch wieder erneut international klarmacht, was eigentlich passiert ist.

Und dass es hier Maßnahmen gegeben hat, die einfach gegen jegliche Menschenwürde verstoßen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind. Und wo wir dann wieder darauf zurückgreifen können, aufgrund des Parallelberichts und aufgrund der Rügen, die die UN dann gegenüber der Bundesrepublik aussprechen wird – und das wird sie tun – das dann auch wieder dem internationalen Strafgerichtshof so vorzulegen und zu sagen, so, diese Tatsachen sind jetzt auch international manifestiert und werden auch gerügt. Und wir dürfen auch davon ausgehen, dass es eine Rüge gibt, ganz unabhängig davon, welche Rolle Frau Baerbock demnächst möglicherweise in irgendwelchen Gremien spielen wird. Weil gerade die Drittweltstaaten doch durchaus sehr daran interessiert sind, da genauer hinzugucken und auch nicht einfach irgendwie abstimmen, wie ihnen vorgegeben wird abzustimmen. Gerade in diesen Menschenrechtsfragen sind es im Wesentlichen die Drittweltstaaten, die ansonsten immer so am Pranger stehen, weil sie sich an die Menschenrechtsregeln nicht halten, die dann auch den demokratischen Staaten, den sogenannten demokratischen Staaten des Wertewestens durchaus auch mal deutlich sagen: Das, was ihr da gemacht habt, ist auch nicht in Ordnung. Und das ist ein weiterer Baustein, den wir haben. Da sind wir gerade dran. Am 30. Juni muss dieser Bericht fertig sein und abgegeben werden. Wir sind fast schon damit fertig und werden dann in Genf das entsprechend vortragen.

[Kla.TV:]

Ja. Und kommen wir nochmal zurück zu Deutschland. Die Protokolle des Robert-Koch-Instituts und die Studienergebnisse zu den mRNA-Injektionen sprechen doch eine klare Sprache hinsichtlich der verfehlten Politik und auch der Medizin. Welche Wege sehen Sie da überhaupt für eine juristische Corona-Aufarbeitung, die dem zugefügten Leid gehörend Rechnung trägt?

[Ralf Ludwig:]

Also eine Aufarbeitung, die dem zugefügten Leid Rechnung trägt, glaube ich, ist gar nicht möglich, weil das Leid ist ja zugefügt. Und wir können ein bisschen gewissermaßen für Gerechtigkeit sorgen. Was natürlich erstmal ist, dass wir für Aufklärung sorgen, dass diejenigen, die Opfer geworden sind, verstehen, warum sie Opfer geworden sind. Auch natürlich mit den dahinterliegenden Mechanismen. Es ist ja nicht nur dieser Pieks, sondern es ist ja quasi die Methode, wie man die Menschen dazu gebracht hat, dass sie diesen Pieks akzeptieren. Das ist ja das Spannende. Und ich glaube, das wollen die Menschen auch wissen. Und vielleicht wollen sie auch verstehen, was da passiert ist, wie sie sich haben so manipulieren lassen, dass sie diese Injektion, die ja zu keinem Zeitpunkt gefahrlos war und die auch zu keinem Zeitpunkt durch irgendwelche Wissenschaftler oder Behörden als gefahrlos bezeichnet werden konnte. Wir wissen ja, dass man im Prinzip über die Nebenwirkungen so gut wie gar nichts wusste, teilweise Studien nicht gemacht hat, dass stark gewarnt wurde, auch durch die Wissenschaft des RKI. Und trotzdem wurde natürlich diese Marketingkampagne für diese Impfung in einer Art und Weise durchgeführt, die ihresgleichen sucht und die man ja im Prinzip nur als Test, als Menschentest – ja, wir haben sonst immer Tierversuche gehabt – oder einen Menschenversuch bezeichnen kann. Und ich glaube, das wollen die Menschen, dass das aufgearbeitet wird. Ich glaube nicht, dass das politisch gut funktioniert, das werden wir Menschen selbst in die Hand nehmen müssen. Teilweise passiert es natürlich über Untersuchungsausschüsse, aber auch da sieht man, dass es natürlich sehr, sehr mühsam ist, voranzukommen.

[Kla.TV:]

Ja, Sie haben jetzt eine neue Strafanzeige lanciert. Können Sie uns dazu etwas sagen? Was ist die Zielrichtung? Was ist der Unterschied zu den 600 vorherigen Strafanzeigen?

[Ralf Ludwig:]

Ja, diese Strafanzeige, die jetzt veröffentlicht wird, ist eine Strafanzeige, die mehr auf die individuelle **Verantwortung der Ärzte** zielt. Nicht ausschließlich auf die individuelle Verantwortung der Ärzte, sondern in dieser Strafanzeige werden auch eben die Täter, die wir ja auch schon 2023 angezeigt haben, mit angezeigt – aber eben da aufgrund individueller Taten. Das heißt also, wir haben eine Strafanzeige konzipiert mit vielen Wissenschaftlern und mit anderen Juristen, wo Impfpflicht – Menschen, die eben geschädigt sind durch diese Injektion – eine Strafanzeige machen können. Zunächst einmal gegen die Impfärzte, das heißt diejenigen, die sie geimpft haben, weil es mit dem Wissen, was wir heute haben, eine ordnungsgemäße Aufklärung nie hat geben können.

Und wir haben jetzt gerade eine aktuelle Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, dass durchaus die Ärzte weiterhin in der Haftung sind für das, was sie getan haben. Ein Arzt muss ordnungsgemäß aufklären, ein Arzt muss ausreichend Zeit lassen, dass der Patient sich überlegt, will ich das oder will ich das nicht, dass er das Risiko abwägen kann. Und das ist ja weitestgehend nicht passiert. Und diese neue Strafanzeige umfasst natürlich die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die wir haben. Wobei es nicht darum geht, dass wir sagen, wir haben jetzt neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu den gefährlichen Nebenwirkungen der Impfung, sondern wir haben jetzt neue Erkenntnisse darüber, dass man schon zum Zeitpunkt, wo man die Impfung verkauft und angesetzt hat, wusste, dass es eben nicht ausreichend Studien gab, dass man nicht ausreichend über die Nebenwirkungen Bescheid wusste, dass man teilweise eben sogar über die schweren Nebenwirkungen schon

Information hatte und dass man von Anfang an wusste, dass diese Impfung gar nicht dazu konzipiert war, eine Übertragung einer Atemwegserkrankung zu verhindern.

Und deswegen sagen wir, dass wir jetzt eine Möglichkeit anbieten, dass diejenigen, die geschädigt worden sind durch diese Impfung, die Täter – nämlich diejenigen, die diese Impfung verabreicht haben – anzeigen können. Und in diesem Zusammenhang richten wir die Anzeige aber auch an all diejenigen, die quasi für die Meinungsmanipulation oder diese Schocktherapie, die Angstmache, verantwortlich waren, dass die Menschen bereit waren, diese Impfung in ihren Körper aufzunehmen, diese massive Schädigung einfach in ihrem Körper zu akzeptieren und nicht Nein zu sagen.

[Kla.TV:]

Ja, schauen wir mal hier einmal rein. Also hier geht es um verschiedene Dinge, zum Beispiel, dass die RNA der Impfstoffe künstlich modifiziert wurde und fehlerhaft abgelesen wird. Es kommen verschiedene Studien hier zum Tragen, dass die halt als Beweis dort angeführt worden sind. Auch hier ein zentraler Satz aus den RKI-Protokollen: „Relevante Daten werden erst post-marketing erhoben.“ Ein zentraler Fauxpas letztlich überhaupt dieses ganzen Studiendesigns. Und halt, die Anklage lautet hier: Ohne es zu wollen, bin ich Teil eines Großversuchs und Massenexperiments am Menschen geworden mit diesem genbasierten Agens (wirkungsaktives Mittel) – mit mir völlig unbekannter Wirkung.

Das heißt, wie Sie gesagt haben, es trifft zuerst den Impfarzt, der in der Frontlinie letztlich steht, der mangelnden Aufklärung. Und wir haben jetzt verschiedene Adressaten. Können Sie das nochmal ausführen? Wer wird denn dort angeklagt?

[Ralf Ludwig:]

Also angeklagt nicht, sondern es ist eine **Strafanzeige** und ein **Strafantrag**. Anklage müsste ja dann die Staatsanwaltschaft erheben. Aber wie gesagt, zunächst einmal der Impfarzt oder die Impfärzte. Ja, wir wissen ja nicht, wie viele Impfungen die jeweilige Person gemacht hat. Also es ist ein Formular, was man ausfüllen kann, wo man zunächst einmal bis zu drei Impfähzte auswählen kann. Also sagen kann, erste, zweite, dritte Impfung, weil wir erstmal davon ausgehen, dass diejenigen, die die vierte, fünfte oder sechste Impfung gemacht haben, dass die dann schon durchaus Bescheid wussten, was da los war. Also wir gehen erstmal davon aus, quasi bis zum... – ich glaube, es waren immer zwei (zur) Grundimmunisierung und ein Booster, und das ist dann die dritte Impfung. Also wer bis zur dritten Impfung gegangen ist, sah sich einer massiven Propaganda, einer massiven Marktöffentlichkeit der Medien ausgesetzt, wurde unter Druck gesetzt, eben wie gesagt, im medizinischen Bereich oder im Bereich der Verteidigung der Soldaten ja sogar als Pflicht ausgestaltet.

Und das heißt also **zunächst einmal gegen diese Impfärzte**, die diese Injektionen verabreicht haben, **weil wir ganz sicher davon ausgehen können, dass die Aufklärungen nie ordnungsgemäß erfolgt sind, dass die Menschen eben nicht aufgeklärt worden sind über das Wissen, über die Gefahren, die diese Impfungen mit sich bringen**. Und damit ist natürlich zunächst einmal erst verantwortlich derjenige, der sie setzt. Also jeder Arzt, der einen Eingriff macht an meinem Körper, führt tatbestandsmäßig eine Körperverletzung durch. Also jeder ärztliche Eingriff ist eine **Körperverletzung**. Und es ist aber eine eingewilligte Körperverletzung. Ich willige in die Körperverletzung ein, die der Arzt mir antut, egal welche Behandlung, die jetzt meinen Körper betrifft, er macht. Und aber einwilligen kann ich ja nur, wenn ich informiert einwillige, wenn ich weiß, woin ich einwillige. Und da habe ich natürlich erstmal die Vertrauensperson Arzt, dem ich glaube, dass das, was er mir erzählt, dass das nach bestem Wissen und Gewissen das ist, was ihm bekannt ist über diesen Eingriff, den er an meinem Körper vornimmt. Und dass er mich auch insbesondere über die Risiken, die ich habe, ordnungsgemäß aufklärt, damit ich eben eine Abschätzung treffen kann. Damit ist der Arzt, der Impfarzt oder die Impfärzte, die diese Spritze verabreicht haben, das sind zunächst einmal die ersten Adressaten. Und wir sagen, die sind auf jeden Fall Täter einer Körperverletzung, möglicherweise sogar einer schweren Körperverletzung und werden in dieser Anzeige erwähnt. Und dann geht es aber weiter,

dass wir eben auch alle Verantwortlichen, die im Prinzip insbesondere mit Druck, mit öffentlichen oder mit Veröffentlichungen, mit Meinungsveröffentlichungen, mit scheinbaren Sachveröffentlichungen, aber auch eben aus diesem Bereich stammen, dass diese Menschen, das sind Politiker, das sind die Vorsitzenden der Ärztekammern, das sind ja eben Landesminister, Bundesminister und so weiter, also verschiedene Beteiligte, die eben auch daran eine Mitverantwortung tragen, dass die Menschen nicht ordnungsgemäß aufgeklärt worden sind. Also nehmen wir zum Beispiel das Bundesgesundheitsministerium, das ja durch das RKI informiert war, dass die Situation eine andere ist, und dennoch massiv diese Impfpropaganda nach vorne getrieben hat. Und das heißt also, wir zeigen hier jetzt nicht im Sinne eines Verbrechens gegen die Menschheit, wie wir das als Anzeige im Dezember 2023 gemacht haben, sondern als individuelle Strafanzeige. Dass wir sagen, hinter jedem Opfer einer Impfung steckt nicht nur der Arzt, der geimpft hat, sondern im Prinzip auch die gesamte politisch verbändemäßige Propagandamaschinerie, die dafür gesorgt hat, dass diese Impfung gesetzt werden durfte. Natürlich auch das PEI (Paul-Ehrlich-Institut), das ja eigentlich hätte als zuständige Behörde – Aufsichtsbehörde – die Impfung hätte verhindern müssen. Und auch der Präsident des RKI, der ja als Präsident viel, viel lautstarker hätte sagen müssen: „Das, was hier medial veröffentlicht wird als Stellungnahme des RKI, ist eine politische Überformung dessen, was wir eigentlich intern gesagt haben. Und nicht die wissenschaftliche Meinung des RKI, sondern es ist eine politische Meinung, die politisch veröffentlicht wird, ohne dass sie auf die wissenschaftliche Expertise des RKI eigentlich zurückgreift.“

[Kla.TV:]

Ja, interessant. Und wo kann man diese Strafanzeige runterladen? Wer kann die überhaupt ausfüllen?

[Ralf Ludwig:]

Also ausfüllen kann sie erstmal grundsätzlich jeder, aber es steht natürlich dann da drunter, dass man keine falschen Verdächtigungen machen darf. Also es sollen natürlich diejenigen sein, die impfgeschädigt sind, diejenigen, die Opfer geworden sind durch die Impfung. Und wenn man jetzt sieht, es ist, glaube ich, vor zwei Tagen oder vor drei Tagen veröffentlicht worden über die Medien, dass es aktuell 600 anerkannte Impfgeschädigte gibt. Ja, aber erstmal die Tatsache alleine. Der Bundesgesundheitsminister, der noch amtierende Bundesgesundheitsminister, hat gesagt, er könne nicht verstehen, dass die Menschen sich nicht impfen lassen wollen bei einer nahezu nebenwirkungsfreien Impfung. Das war ja seine Äußerung. Oder ich glaube, er hat im Twitter sogar gesagt, es ist eine nebenwirkungsfreie Impfung. So, eine nebenwirkungsfreie Impfung mit 600 jetzt anerkannten Impfschäden. Und ich habe das Ihrem Lächeln gerade entnommen, dass Sie da das Gleiche oder Ähnliches denken wie ich, dass natürlich diese 600 nur die Spitze des Eisbergs sind. Das ist das, was der Staat anerkennt. Das sind ja nicht die tatsächlichen Opfer, sondern die Opferzahlen sind ja erheblich höher. Und zu den 600 anerkannten Impfschäden zählen natürlich nicht diejenigen, die daran verstorben sind. Da sind die ganzen Fehlgeburten nicht dabei und so weiter. Das heißt also, wir haben natürlich eine ganz andere Situation. Aber es ist anerkannt und damit ist klar: **Diese Impfung verursacht Schäden.** Und das ist anerkannt. Und damit ist im Prinzip erstmal deutlich, dass wir hier tatsächlich ja ein Medikament oder ein scheinbares Medikament auf den Markt gekriegt haben, was eben Menschen massiv schädigt. Und das ist einfach von der Politik so zugelassen worden. Das ist vom RKI so zugelassen worden. Und das ist eben, das müssen wir halt angreifen.

[Kla.TV:]

Sie haben die sozusagen auf Ihrer Homepage, auf Ihrer Webseite von ZAAVV, oder wo ist die jetzt genau?

[Ralf Ludwig:]

Genau. Ihre Frage war ja, wo das veröffentlicht ist. Genau. Also es kann jeder herunterladen. **Es kann jeder, der impfgeschädigt ist, diese Strafanzeige stellen.** Und diese

Strafanzeige ist auf Seiten von klagepaten.eu. Wir haben die Klagepaten relativ am Anfang 2020 ins Leben gerufen, um den Menschen eben Formulare anzubieten, die ihnen in bestimmten Lebenslagen helfen. Da konnte man damals zum Beispiel Demonstrationen anmelden, kann man immer noch. Da konnte man zum Beispiel, wenn in der Schule Maskenpflicht war, konnte man Dokumente runterladen, in denen man sich dagegen gewehrt hat. Es waren also verschiedene Formulare. Also die Idee von klagepaten war immer, Menschen Formulare anzubieten, mit denen sie sich gegen bestimmte staatliche Maßnahmen wehren können, Einsprüche einlegen und so weiter. Und auf der Seite von klagepaten.eu ist das. Auf dieser Seite wird es dieses Formular geben: <https://www.klagepaten.de/impfung-strafanzeige>. Das wird man dann sicherlich auf der Homepage finden. Und das ist ganz einfach. Man klickt das dann an. Da ist ein Formular. Da gibt man seine Daten ein – wir machen das sehr datensparsam – gibt die Daten der Impfähzte an, je nachdem, wie viele Ärzte das waren, gibt dann die Schäden an, die man hat. Man kann dort dann auch eben entsprechende Dokumente zu seinen Schäden hochladen. Dann kriegt man mitgeteilt, welche Staatsanwaltschaft verantwortlich ist. Die trägt man dann selber in sein Formular ein. Und dann bekommt man per E-Mail eine PDF mit einer komplett fertiggestellten Strafanzeige, die man dann entweder per E-Mail an die Staatsanwaltschaft schicken kann, per Post an die Staatsanwaltschaft schicken kann oder per Fax, wie man das möchte, und damit dann eben diese Strafanzeige eingereicht hat.

[Kla.TV:]

Ja. Haben solche Strafanzeigen überhaupt eine Chance? Macht es Sinn, wenn Tausende Leute Strafanzeigen einreichen, zumal der Adressat hier die Bundesstaatsanwaltschaft wieder mal ist?

[Ralf Ludwig:]

Nein, der Adressat ist nicht die Bundesstaatsanwaltschaft. Das ist wahrscheinlich noch ein erster Entwurf, genau.

[Kla.TV:]

Okay, okay. Dann muss ich fragen nochmal. Ja. Haben diese Strafanzeigen überhaupt eine Chance? Macht es Sinn, tausende solcher Strafanzeigen zu stellen?

[Ralf Ludwig:]

Also zunächst einmal gehen ja diese Strafanzeigen an unterschiedliche Staatsanwaltschaften. Wir wissen natürlich aktuell noch nicht, wie die Staatsanwaltschaften inzwischen nach den ganzen Veröffentlichungen stehen. Und der Sinn, ich hatte das ja vorhin gesagt, der Sinn ist ja, dass wir auf Sicht an den internationalen Strafgerichtshof gehen werden. Und auch hier wieder die große Überschrift: Der Mitgliedsstaat darf nicht willens oder in der Lage sein, die Taten aufzuarbeiten. So. Und wir haben mittlerweile, Sie haben die Strafanzeige ja gelesen und die ist ja von Wissenschaftlern zusammengestellt, und wir Juristen haben sie ja quasi so übernommen, die ganzen Studien, die da drin sind. Wir wissen ja mittlerweile sehr, sehr viel um diese Impfung. Wir wissen um die Schädigung dieser Impfung und wir wissen auch, dass diese Tatsachen schon vorher bekannt waren. Oder dass zumindest vorher bekannt war, dass man nicht weiß, wie schädlich sie möglicherweise ist. Und dann darf man so etwas nicht verimpfen! Man wusste, wir wussten aber eben, dass von Anfang an bekannt war, dass sie die Wirkung nicht erzielen wird, die man ihr zugeschrieben hat. So. Das heißt also, jetzt kommen wir wieder auf die größere Ebene. Die individuelle Schuld des einzelnen Arztes ist das eine, was die Staatsanwaltschaft feststellen kann. Wenn die Staatsanwaltschaften jetzt sagen: Wir ermitteln hier überhaupt nicht, wir gucken uns das gar nicht an, wir sagen einfach: Ja, da hat ein Arzt nun mal eine experimentelle oder einen experimentellen Impfstoff, eine experimentelle Gentherapie in den Körper eines Menschen injiziert, in dem Wissen, dass sie das, was sie eigentlich bringen soll, nicht bringt, und in dem Wissen, dass ihm nicht bekannt ist, welche Schäden da sind oder eben auch schon Schäden vorher festgestellt worden sind und er macht es trotzdem. Ja, und wenn die Staatsanwaltschaft dann sagt: Aber das verfolgen wir nicht, das lassen wir

jetzt einfach liegen, das war halt damals so und das ist keine Körperverletzung. Ja, wenn das... Mit jedem anderen medizinischen Eingriff wäre das eine Körperverletzung und würde die Staatsanwaltschaft ermitteln. Und wenn sie das hier nicht macht, sind wir wieder in der politischen Dimension und können in diesem Fall dann doch möglicherweise zu tausendfach, zu zehntausendfach nachweisen, dass der deutsche Staat nicht willens ist, diese Taten aufzuarbeiten und diese Taten aufzudecken.

Und das ist dann wieder der Türöffner nach Den Haag, weil wir dann alle diese Reaktionen der Staatsanwaltschaft, die wir natürlich sammeln, dann an die nach Den Haag weitergeben können, weiterreichen können, möglicherweise sogar schon mit der bestehenden Strafanzeige, die wir haben, einreichen können und sagen können: Guckt mal, hier in Deutschland haben wir Opfer. Wir haben definitiv Opfer, weil wir haben ja die Belege dafür, dass es Schäden gibt. Und wir haben mittlerweile doch das Wissen, dass hier ein Stoff in den Körper verimpft worden ist, der höchst schädlich ist, von dem man von vornherein wusste, dass er zumindest höchst schädlich sein kann. Und man hat es trotzdem gemacht. Und die deutsche Staatsanwaltschaft weigert sich hier, eine ordnungsgemäße Aufklärung zu machen.

Das ist der Punkt. Also die Staatsanwaltschaft... – aus dem Grund sage ich immer, es ist letztlich eine Win-Win-Situation. **Also entweder die deutsche Staatsanwaltschaft beginnt endlich, ordentlich aufzuarbeiten und beginnt endlich, die wahren Täter zu verfolgen und nicht die Ärzte, die sich geweigert haben, oder wir haben eben wieder einen systematischen Nachweis, dass in Deutschland das nicht gewünscht wird.** Und deswegen ist es so wichtig, es auch in großer Zahl zu haben. Zumal wir dann, wenn diese Strafanzeigen viel genutzt werden, wir auch mal einen viel besseren Überblick darüber haben, wie viele Menschen denn Opfer geworden sind durch diese Injektion.

[Kla.TV:]

Ja, ein vielversprechender Ansatz. Herr Ludwig, vielen Dank, dass Sie sich da so reinhängen und den Menschen eine Möglichkeit geben, wenn sie Schäden erlitten haben, sich zu wehren und zu ihrem Recht zu kommen. Vielen Dank!

[Ralf Ludwig:]

Ja, vielen Dank, dass ich hier sein durfte!

von hm./ts.

Hier finden Sie die Strafanzeige, welche Impf-Geschädigte einreichen können:

► <https://www.klagepaten.de/impfung-strafanzeige>

Quellen:

Groß-Demo in Karlsruhe: Menschenrechte ALLER Menschen statt kollektiver Entrechtung

www.kla.tv/27664

RKI-Protokolle vor Gericht(09.07.24)

<https://multipolar-magazin.de/meldungen/0075>

Multipolar veröffentlicht freigelegte RKI-Protokolle im Original(20.03.24)

<https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-2>

Was uns die Corona-Protokolle verraten: RKI missachtete Faktenlage zugunsten der politischen Vorgaben (Prof. a.D. Dr. med. Andreas Sönnichsen)

www.kla.tv/31453

Rede von Dr. Ulrich Keck zum Thema RKI-Protokolle
Zahnärztekammer Niedersachsen(08.11.2024)

<https://www.mwgfd.org/2024/11/zahnaerztekammer-niedersachsen-fordert-pandemie-aufarbeitung/>

ZAAVV – Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und
Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-
Maßnahmen

<https://www.zaavv.com/de-de/>

Hier finden Sie die Strafanzeige für Impf-Geschädigte:

<https://www.klagepaten.de/impfung-strafanzeige>

Das könnte Sie auch interessieren:

#RalfLudwig - Ralf Ludwig - www.kla.tv/RalfLudwig

#Interviews - www.kla.tv/Interviews

#Impfen - www.kla.tv/Impfen

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht
gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit
damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert
werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können
strafrechtlich verfolgt werden.